



Konrad
Adenauer
Stiftung



Parteienprofil

Ägypten

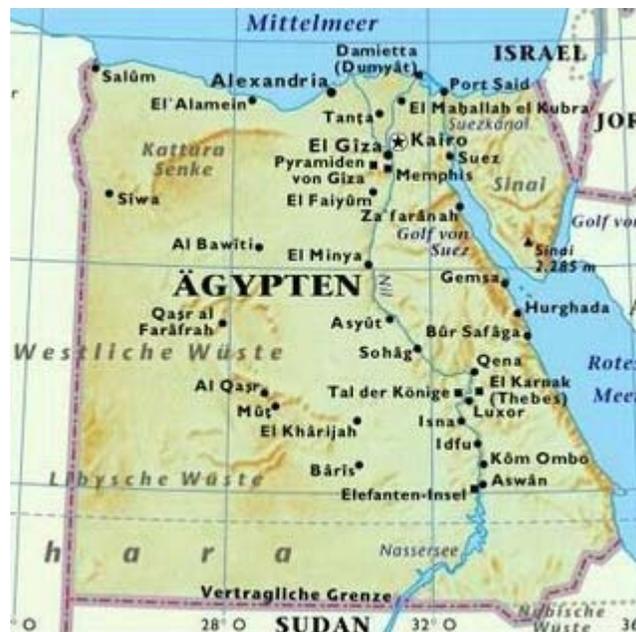
Stand:
31. Oktober 2005

Inhaltsverzeichnis

Länderinformationen Ägypten	Seite 2
Allgemeines zum ägyptischen Parteiensystem	Seite 6
Parteien in Ägypten	Seite 9
Nationaldemokratische Partei	Seite 9
Al-Ghad Partei	Seite 15
Al-Wafd Partei	Seite 19
Nasseristische Partei	Seite 23
National-Progressive Sammlungspartei	Seite 25
Sozialistische Partei der Liberalen	Seite 27
Verfassungspartei	Seite 29
Partei der Solidarität	Seite 31
Demokratische Unionspartei	Seite 33
Arabisch sozialistische Partei	Seite 35
Ägypten 2000	Seite 37
Umma Partei	Seite 39
Partei der nationalen Eintracht	Seite 41
Wasat Partei	Seite 43
Karama Partei	Seite 45
Politische Bewegungen in Ägypten	Seite 46
Ägyptische Muslimbruderschaft	Seite 46
Kefaya	Seite 49
Nationale Koalition für demokratischen Wandel	Seite 51

Länderinformationen Ägypten

Arabische Republik Ägypten (Jumhuriyah Misr al-'Arabiyah)



Basisdaten:

Hauptstadt: Kairo, ca. 14,5 Mio. Einwohner

Bevölkerung:

- ca. 77,5 Mio.
- Analphabetismus: 42,3% (insgesamt)
(Frauen: 53,1%; Männer: 31,7 %)

Fläche: 1.001.450 km² (lediglich 3% des Bodens sind Nutzfläche)

**Offizielle
Landessprache:** Arabisch

Religionen: ca. 90% Muslime
(überwiegender Großteil Sunniten hanafitischer Rechtsschule)
7 - 10% koptische (monophysitische) Christen u. a.

Nationalfeiertag: 23. Juli, Tag der Revolution (Ausrufung der Republik 1952)

Politisches System:

Staatsform: Entsprechend der ägyptischen Verfassung von 1971 ist eine demokratische Republik mit einem Mehrparteiensystem. Die Zulassung von Parteien wird durch das Gesetz 40/1977 geregelt und wurde im Jahre 2005 überarbeitet. Die Gründung religiös motivierter Parteien, sowie kommunistischer Gruppierungen ist verboten.

Verwaltungsgliederung: 26 Gouvernerate

Verfassung: Verfassung vom 11. September 1971

Wahlrecht: Passives und aktives Wahlrecht (nach Registrierung) für alle Bürger nach Vollendung des 18. Lebensjahres.

Exekutive: Ägypten hat ein präsidentiales Regierungssystem. Der Präsident wird seit 2005 nicht mehr wie bisher auf Vorschlag des ägyptischen Parlaments per Referendum bestätigt, sondern im Rahmen einer Direktwahl, zu der mehrere Kandidaten zugelassen sind, direkt vom Volk gewählt. Der Ministerpräsident sowie alle Kabinettsmitglieder werden vom Staatsoberhaupt ernannt und entlassen

- Präsident:

Hosni Mubarak (seit 1981)



- Premierminister:

Dr. Ahmad Nazif (seit 2004)



Legislative:

Das ägyptische Parlament besteht aus der Nationalversammlung, sowie einer beratenden Versammlung.

- Die Nationalversammlung (Maglis al-Shaab) hat 454 Abgeordnete, die durch Mehrheitswahl in 222 Wahlkreisen mit jeweils 2 Sitzen (444 Sitze) für fünf Jahre in das Parlament gewählt werden. Zusätzlich werden 10 Abgeordnete vom Staatsoberhaupt nominiert. Die Nationalversammlung wird seit Jahren von der Partei des Staatspräsidenten, der National Demokratischen Partei (NDP) dominiert. In der Realität des ägyptischen politischen Systems gelingt es dem Parlament nur sehr begrenzt seine Rolle als, die Exekutive kontrollierendes, Organ zu erfüllen.
- Die beratende Schura Versammlung (Maglis al-Shura) hat 264 Abgeordnete, von denen 176 direkt gewählt werden und 88 vom Präsidenten ernannt sind. Die Wahlperiode beträgt sechs Jahre, wobei die Hälfte der Abgeordneten alle drei Jahre ersetzt wird. Diese Parlamentskammer hat nur eine beratende bzw. konsultative Funktion bei der Gesetzgebung

Judikative:

Das Rechtssystem Ägyptens basiert sowohl auf Elementen der islamischen Scharia als auch des englischen und französischen Rechts. Höchste juristische Instanz ist der Oberste Gerichtshof. Über Verfassungsstreitfragen entscheidet ein Verfassungsgericht

Übersicht der letzten Parlamentswahlen:

	Jahr	1976	1979	1984	1987	1990	1995	2000
1	Wahlberechtigte (in Mio.)	20.3	22.5	24.2	25.5	28.2	31.2	31,8
2	Registrierte Wahlberechtigte (in Mio.)	9.5	10.0	12.6	13.3	17.0	21.0	24.6
3	Abg. Stimmen (Total in Mio.)	3.8	N/A	5.5	7.2	7.3	10.5	5.2
4	Wahlbeteiligung (3/1 in %)	18.8	N/A	22.6	28.3	25.8	33.5	15 – 40
5	Wahlbeteiligung (3/2 in %)	40.0	N/A	43.5	50.5	44.7	49.9	ca. 50.0

Quelle: Hala Mustafa (Hrsg.), *Parliamentary Elections in Egypt 1995*. John Waterbury, *The Egypt of Nasser and Sadat*. Center for the Study of Developing Countries, Faculty of Economics and Political Science, *Egypt Development Report 1998* (Cairo: Cairo University 1998) (in Arabisch).

Tabelle : Sitzverteilung nach den Parlamentswahlen 2000

Partei	Kandidaten	Gewonnene Sitze	Erfolgsquote in %	Proport. Verteilung
NDP	444+	175	39.4	39.4%
NDPendants	Ca. 3000	213	7.0	48.0%
0Bruderschaft	73	17	23.3	3.8%
Wafd	272	7	2.6	1.6%
Tagammu	52	6	11.5	1.4%
Nasserist	45	2	4.4	0.5%
Al-Ahrar	N/A	1	N/A	0,2%
„Unabhängige“	3240	21+(213)= (234)	7.1	4.7% (+48.0%)

Quelle: *Al-Ahram Weekly Online*, No. 508, 16-22 November 2000

Die nächsten Parlamentswahlen (alle 5 Jahre) sollen von November bis Dezember 2005 stattfinden. Bei den letzten Wahlen (2000) zum 454 Sitze umfassenden Parlament gewann die NDP mit 86% der Sitze, es folgten die Unabhängigen (darunter die Kandidaten der Moslem-Bruderschaft) mit 9%, die Neue Wafd Partei (NWP) mit 1,5%, die National-progressive *Al-Tagammu* mit 1,3% und die Nasseristische Partei sowie die Liberale Partei (Al-Ahrar) mit jeweils weniger als einem Prozent.

Allgemeines zum ägyptischen Parteiensystem

Eine Mehrparteienlandschaft existiert in Ägypten erst seit Mitte der 1970er Jahre. Nasser hatte im Rahmen der Revolution von 1952 sämtliche bis dahin existierenden Parteien verboten und die Freiheitliche Sammlungspartei als Einheitspartei etabliert, aus der sich die Arabische Sozialistische Union (ASU) entwickelte. Erst Nassers Nachfolger Sadat entschloss sich im Rahmen seiner Öffnungspolitik 1975 ein Mehrparteiensystem einzuführen, wobei allerdings zunächst alle daraufhin gegründeten Parteien durchweg aus Untergruppen der ASU hervorgingen. Zudem wurden die Gründung und der Aufbau von neuen Parteien durch die herrschende ASU streng reglementiert und überwacht. Zielsetzung der von Sadat angestrebten Reform war nicht die Entstehung eines eigenständigen und auf politischem Wettbewerb beruhenden Parteiensystems, vielmehr sollte dieses schwach sein, um manipulierbar zu bleiben. Bis 1976 hatten sich aus der ASU heraus drei maßgebliche politische Organisationen entwickelt, die an der Parlamentswahl im selben Jahr teilnahmen, nachdem sie Sadat per Präsidialdekret zu Parteien erklärt hatte. Mit der *Ägyptischen Arabischen Sozialistischen Partei* (ÄASP) oder *Misr Partei*, der *Sozialistischen Partei der Liberalen* (SPL) *Al-Ahrar* und der *National-progressiven unionistischen Sammlungspartei* (NPS), kurz *Al-Tagammu*, waren nun erstmals seit 1952 wieder politische Parteien in Ägypten zugelassen. Die ASU war offiziell aufgelöst worden und der amtierende Präsident verfügte kurzzeitig über keinen von ihm geführten Parteiapparat. Mitte 1978 gründete Sadat daher, wiederum per Präsidialdekret, die *National Demokratische Partei* (NDP), welche fortan unter dem Vorsitz des Präsidenten die Vormachtstellung unter den politischen Parteien in Ägypten einnehmen sollte. Darüber hinaus gründete der Präsident, ebenfalls im Jahr 1978, die *Sozialistische Partei der Arbeit* (SPA), *Hisb Al-Amal*, die als loyale Opposition fungieren sollte, da die drei übrigen Parteien begonnen hatten, Sadats Politik zu kritisieren. Bereits ein Jahr zuvor, 1977 konnte sich als bis dato einzige nicht vom Präsidenten eingesetzte Partei, die *Neo-Wafd Partei* etablieren. Im Jahr 1980 schließlich wurde das Mehrparteiensystem endgültig als Verfassungsprinzip in Art. 5 der ägyptischen Verfassung verankert. Die Neugründung von Parteien blieb aber nach wie vor an strenge Auflagen gebunden. Um überhaupt eine Chance auf Zulassung zu haben, muss sich jede Partei zu folgenden Grundsätzen bekennen: Der Sharia als Hauptquelle der Gesetzgebung, den Grundsätzen der nationalen Einheit, des sozialen Friedens, des sozialistischen Systems und der sozialistischen Errungenschaften, sowie den Grundsätzen der Revolutionen von 1952 und 1971. Die Neugründung einer Partei war nur dann möglich, wenn diese sich programmatisch von den bereits existierenden Parteien unterscheidet. Zudem darf eine Partei weder Ableger noch Unterorganisation einer ausländischen Partei oder Organisation sein und darf auch sonst ohne Genehmigung der Regierung keine Kontakte zum Ausland aufnehmen. Ferner dürfen sich die Parteien bei ihrer Gründung nicht auf die Zugehörigkeit zu bestimmten Klassen, Konfessionen, Gruppen oder Regionen berufen. Der Antrag auf Zulassung einer Partei muss von mindestens 1000 Gründungsmitgliedern (verteilt auf die Gouvernorate) gestellt werden, von denen wiederum mindestens 50 Prozent Arbeiter oder Bauern sein müssen. Einem dem Shura-Rat angegliederten Parteienkomitee, das aus drei Ministern, drei vom Staatspräsidenten

ernannten Richtern sowie dem Parlamentspräsidenten besteht, obliegt es dann, nahezu ungebunden über die Zulassung oder Nichtzulassung einer Partei zu entscheiden. Die Regierung selbst reglementiert also letztendlich das Parteiensystem und überwacht seine Entwicklung. Diesen hohen Hürden ist es unter anderem zu verdanken, dass sich bis heute nur wenige politische Parteien in Ägypten etablieren konnten und die bisher zugelassenen Parteien einen eher geringen Stellenwert besitzen, womit die Machtstellung der regierenden NDP in keinsten Weise gefährdet werden kann.

In diesem Sinne wurde innerhalb der 80er Jahre lediglich eine zusätzliche Partei gegründet, die Umma-Partei (1983).

Während der 90er Jahre hingegen konnte die ägyptische Parteienlandschaft durch sieben weitere Parteien bereichert werden, die da wären: Die Grüne Partei (1991), die Nasseristische Partei (1992), die Partei Junges Ägypten (Re-Legalisierung 1992), die Ägyptische Arabische Sozialistische Partei (die im eigentlichen Sinne bereits im 1976 gegründete Partei fusionierte - zumindest teilweise - zwei Jahre nach ihrer Entstehung mit der NDP und verselbstständigte sich nach einem Gerichtsverfahren erneut im Jahre 1992), die Partei der Sozialen Gerechtigkeit (1993), die Demokratische Unionspartei (1993), sowie die Partei der Solidarität (1995).

Seit 2000 erlangten weitere sechs Parteien ihre Zulassung: die Partei Ägypten 2000 (2000), die Partei der demokratischen Generation (2000), die Partei der Nationalen Eintracht (2000), die Al-Ghad Partei (2004), die Verfassungspartei (2004) und die Partei des Sozialen Frieden (2004, mittlerweile jedoch eingefroren).

Außerdem hoffen 2 weitere politische Gruppierungen nach gestelltem Zulassungsantrag auf ihren offiziellen Parteienstatus; zum einen die von der NDP abgespaltenen Karama Partei und zum anderen die sich aus der Muslimbruderschaft herausgebildeten Wasat Partei. Ihre Verfahren werden voraussichtlich bis Ende diesen Jahres abgeschlossen sein.

Zu den Präsidentschaftswahlen am 07. September 2005 traten nur zwei der fünf im Parlament vertretenen Parteien an, NDP und Wafd-Partei. *Al-Tagammu* und die *Nasseristen* boykottierten die Wahl und die *Al-Ahrar-Partei* wurde nicht zur Wahl zugelassen. Insgesamt schickten allerdings zehn Parteien ihre Kandidaten ins Rennen um das Präsidentenamt, wobei es sich bei der großen Mehrheit dieser Parteien um bisher unbedeutende Splitterparteien handelte.

Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2005 (Übersicht)

	Kandidat	Parteiename	Anzahl der Stimmen	% der Stimmen	Total
	Wahlberechtigte		31.826.248		
	Abgegebene Stimmen		7.305.036	22,95	
	Abg. Gültige Stimmen		7.131.851		
1	Hosni Mubarak	NDP	6.316.784	88,57	88,57
2	Ayman Nour	Al-Ghad	540.405	7,57	
3	Noaman Gomaa	Al-Wafd	208.891	2,92	
					10,49
4	Osama Shaltout	Al-Takaful	29.857	0,41	
5	Wahid F. Al-Uksory	Misr Al-Arabi Al-Ishtraki	11.831	0,16	
6	Ibrahim Turk	Al-Ittihad Al-Democrati	5.831	0,08	
7	Mamdouh Qenawy	Al Dousturi Al-Igtimai	5.481	0,07	
8	Ahmed Al-Sabahi	Al-Umma	4.383	0,06	
9	Fawzi Ghazal	Misr 2000	4.222	0,05	
10	Rifat El-Agroudi	Al-Wifaq Al-Watani	4.106	0,05	
					0,88

Die Wahl gewonnen hatte, wie allgemein erwartet worden war, der Amtsinhaber und vorher bereits vier Mal im Rahmen von Referenden im Amt bestätigte *Hosni Mubarak*, auf den nach Angaben der Wahlkommission 88,5% der abgegebenen, gültigen Stimmen entfallen waren.

Auf den zweiten Platz kam, für einige politische Beobachter doch etwas überraschend, der junge Oppositionspolitiker *Ayman Nour* von der Ghad Partei, die erst vor wenigen Monaten offiziell registriert worden war, der seinen ehemaligen Parteifreund *Noaman Gomaa* von der traditionellen Wafd Partei auf den dritten Platz hatte verweisen können.

Auf Ayman Nour entfielen insgesamt 7,57% der abgegebenen Stimmen und auf Noaman Gomaa mit knapp unter 3% deutlich weniger als auf seinen ehemaligen liberalen Mitstreiter, gleichzeitig aber immer noch deutlich mehr, als auf jeden der sieben weiteren Gegenkandidaten des Amtsinhabers. Auf diese entfielen insgesamt weniger als 1% der abgegebenen Stimmen, wobei sich der Kandidat Osama Shaltout mit immerhin ca. 0,41% gemeinsam mit dem bis zuletzt umstrittenen Kandidaten, Wahid Al -Uksory mit ca. 0,16% der Stimmen vom mageren Ergebnis der Mitbewerber doch noch etwas absetzen konnte. Eigentlich war erwartet worden, dass der Vorsitzende der traditionsreichen, liberalen Wafd-Partei, der sich erst sehr spät dazu durchgerungen hatte, an diesen Wahlen teilzunehmen besser abschneiden würde als sein ehemaliger Parteifreund und spätere Wafd-Dissident, Ayman Nour.

Parteien in Ägypten

Nationaldemokratische Partei (Hizb al-Watani al-Demoqrati)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Al-Hizb al-Watani al-Demoqrati

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

NDP, Mondsichel

4. Name der Partei auf Deutsch

Nationaldemokratische Partei

5. Politische Aussage und Programmatik

Die zentristische NDP befürwortet eine soziale und liberale Marktwirtschaft und betont eine konservative und demokratische Grundordnung. Als alleinige Regierungspartei seit über zwei Jahrzehnten hat sich die Parteiprogrammatik seit ihrer Gründung 1978 nur wenig verändert. Die Partei unterstützt offiziell das Mehrparteien- und unabhängige Rechtssystem, sowie die Pressefreiheit. Wirtschaftspolitisch genießt die Privatisierung von Staatsunternehmen oberste Priorität. In der Außenpolitik kommt den innerarabischen und den ägyptisch-amerikanischen Beziehungen eine hohe Bedeutung zu.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Respekt religiöser Werte, Traditionen, Kultur
- Gesetzgebung nach der Sharia
- Förderung von politischer Partizipation und Demokratisierung
- Ausbau des Mehrparteiensystems
- Sozialgesetzgebung und Wohlfahrtsstaat
- Stärkung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung
- Balance zwischen arabischer Integration und Pflege der Beziehungen zu den westlichen Partnerstaaten
- Verfassungsreform
- Freie Meinungsäußerung
- Einführung eines neuen Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus
- Unabhängige Medien

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Seit seinem Amtsantritt 1981 hat sich Hosni Mubarak dem ägyptischen Wähler als ein Politiker vorgestellt, der sich weder ausschließlich dem politischen Erbe Nassers, noch dem Erbe Sadats allein verpflichtet sah. In seinen frühen politischen Äußerungen beantwortete Mubarak entsprechende Nachfragen von Journalisten, etwa der, ob er sich in seiner Politik eher dem panarabischen, sozialistischen Kurs des beliebten ersten ägyptischen Präsidenten, Gamal Abdel-Nasser oder aber eher dem marktliberalen, pro-westlichen Kurs des ermordeten Präsidenten Anwar Al-Sadat, verbunden fühle mit der Feststellung: „Ich heiße Hosni Mubarak“. Dies sollte wohl zum Ausdruck bringen, dass er sich seinen beiden Vorgängern im Amt zwar verbunden, ihrer Politik aber nicht verpflichtet fühle, sondern dass er darauf bestehe, einen eigenen, von seinen Vorgängern unabhängigen, Kurs zu verfolgen. Er hat dies dann schließlich auch unter Beweis gestellt und sich je nach politischer Lage bzw. Notwendigkeit manchmal eine eher nasseristische Politik bisweilen dann aber auch wieder eines eher liberalen, pro-westlichen Kurses bedient, um seine politischen bzw. wirtschaftlichen Vorstellungen zu realisieren. Allerdings hat sich in seiner langen Regierungszeit gezeigt, dass er dazu neigt, politische Konstellationen viel häufiger als seine beiden Vorgänger, aus einer „militärischen Perspektive“ zu beurteilen.

Als Luftwaffenoffizier, der an den beiden Nahost-Kriegen, 1967 und 1973, teilgenommen hat, war für Mubaraks Politik bestimmend, Ägypten nicht ein weiteres Mal ohne wirklich unabweisbaren Grund in ein weiteres militärisches Abenteuer zu stürzen. Sogar als er sich Anfang der neunziger Jahre dazu entschloss an der von den USA angeführten militärischen Befreiungsaktion Kuwaits teilzunehmen und dafür ägyptische Truppen bereitzustellen, um die irakische Besetzung des kleinen Arabischen Golfstaates zu beenden, ging dieser Entscheidung eine ungewöhnlich umfangreiche Beratung mit Spitzenmilitärs und Politikern voraus, bevor er dieser Entsendung schließlich zustimmte. Weniger als ein Jahrzehnt später, lehnte er es dagegen – trotz wiederholter Aufforderung durch die USA – jedoch ab, ägyptische Truppenkontingente für einen weiteren militärischen Einsatz gegen Saddam Hussein bereitzustellen. Nach Aussagen eines Präsidentenberaters äußerte Mubarak damals die Überzeugung, dass jener Krieg seiner Meinung nach anders zu beurteilen gewesen sei, als die Befreiungsaktion in Kuwait im Jahre 1990. Dieses Mal schien es ihm ein Militäreinsatz um einen Arabischen Führer von der Macht zu vertreiben, etwas, in das er nicht verwickelt werden wollte, gleichgültig, wie sehr er diesen bzw. dessen Politik ablehnte und wie sehr er ihn für das Unglück, das er über sein Land gebracht hatte, verantwortlich machte. Sowohl die Teilnahme Ägyptens an der Operation „Desert Storm“ als auch seine andauernden Anstrengungen, die israelisch-palästinensischen Friedensbemühungen mit dem Ziel der Herbeiführung eines fairen und umfassenden Friedens, voranzubringen, brachten ihm das Wohlwollen der westlichen Führungsmacht und seinem Land bedeutende wirtschaftliche und vor allem finanzielle Vorteile in Form eines umfassenden Schuldenerlasses ein. Vor allem das Wohlwollen der Vereinigten Staaten sollte sich für Ägypten besonders auszahlen, nachdem die USA nach dem endgültigen Zerfall der Sowjetunion im Laufe der neunziger Jahre zur alleinigen Supermacht aufgestiegen war.

Bis heute glauben jedoch einige Kritiker, dass diese Politik Mubaraks, Ägyptens Status als führendes arabisches Land beeinträchtigt und zum Ziel terroristischer Anschläge radikaler Fundamentalisten gemacht habe, was sie vor allem mit Verweis auf die Terroranschläge Anfang der neunziger Jahre und in der jüngsten Vergangenheit zu belegen suchen. Befürworter seiner Politik glauben dagegen, dass gerade Mubarak es gewesen sei, der das Ägyptisch-Arabisches Bündnis, das durch Sadats unilaterales Vorgehen in Zusammenhang mit dem Friedensabkommen von Camp David dauerhaft beschädigt worden war, wieder gefestigt habe. Zudem sei er es gewesen, der Ägyptens Wiederaufnahme in die Arabische Liga durchgesetzt und der geholfen habe, den Sitz dieser wichtigsten pan-arabischen Organisation 1991 wieder nach Kairo zurückzuholen, nachdem dieser als Konsequenz der Politik Sadats für ein ganzes Jahrzehnt in Tunis angesiedelt war. Im Großen und Ganzen ziehen die politischen Beobachter im In- und Ausland also eine - was Mubaraks Außenpolitik angeht - eher positive Bilanz seiner bisherigen langen Präsidentschaft. Innen- und Wirtschaftspolitisch lasten ihm die gleichen Beobachter allerdings überwiegend große Versäumnisse an, deren Überwindung er zwar immer wieder wie auch in seinem jetzigen Wahlkampf angekündigt hat, wo ihm allerdings immer mehr Skepsis bezüglich der Ernsthaftigkeit seiner Wahlversprechen entgegen schlägt.

Mit Blick auf eine mögliche kommende Amtszeit hat das Wahlkampfteam dem Präsidenten zu aller erst einmal ein verjüngtes, dynamisiertes Image verordnet. Unter dem Motto: „Mubarak 2005 - Führung und Aufbruch in die Zukunft“ stellt man den Amtsinhaber als einen neuerlich reformbereiten Führer seiner Partei und engagierten Visionär seines Landes dar, der allein aufgrund seiner bisherigen Erfahrungen geeignet erscheint, die Geschicke des Landes auch in Zukunft zu lenken. Man verspricht dem ägyptischen Wähler angesichts der zahlreichen Gefährdungen in der Nahostregion eine Fortsetzung seiner erfolgreichen, „realistischen“ Außenpolitik, die vor allem dazu dienen soll, Ägypten aus allen militärischen „Abenteuern“ herauszuhalten, politische Konflikte vor allem mit Nachbarstaaten zu vermeiden und Frieden in der Region zu fördern.

In seiner Rede zum Wahlkampfauftakt versprach Mubarak eine Abschaffung des Ausnahmezustands in Betracht zu ziehen und vor allem den menschenrechtsrelevanten Fragen in Zukunft noch mehr Aufmerksamkeit zuzuwenden. Dies wurde sowohl von ägyptischen Menschenrechtsaktivisten wie auch Vertretern der Oppositionsparteien wegen der im Vorwahlkampf gezeigten zunehmenden Intoleranz der Staatssicherheitsorgane gegenüber Oppositionellen und Andersdenkenden zwar mit großer Skepsis zur Kenntnis genommen, Mubaraks Befürworter argumentieren jedoch, dass es schließlich Mubarak gewesen sei, der den ersten Menschenrechtsrat in Ägypten ins Leben gerufen habe und in den letzten Monaten in diesem Politikbereich deutlich Reformschritte auf den Weg gebracht habe. Es liegt durchaus im Bereich des Möglichen, den seit Jahren herrschenden Ausnahmezustand in Ägypten nach den kommenden Parlamentswahlen durch ein neues Anti-Terror-Gesetz ähnlich jenen, die jetzt in vielen westlichen Ländern verschärft bzw. verabschiedet werden, zu ersetzen. Die nach den Präsidentschaftswahlen dann neu ins Amt einzusetzende ägyptische Regierung könnte beauftragt werden, eine solche Gesetzesvorlage auszuarbeiten, um sie dann dem nach den Parlamentswahlen sich neu zu-

sammensetzenden Parlament zur Behandlung bzw. Verabschiedung vorzulegen. Mubarak ließ auch die Möglichkeit anklingen, das lange gefürchtete Informationsministerium abzuschaffen und durch eine unabhängigere Regulierungsbehörde zu ersetzen. Ebenso stellte er den weiblichen Wählern vielleicht schon für die kommende Parlamentswahl eine „Frauenquote“ in Aussicht und ließ durchblicken, er wäre bereit das Wahlgesetz zu ändern und an die Stelle von unabhängigen Individualkandidaturen in Zukunft im Rahmen eines modifizierten Listenwahlrechts Parteien mehr Einfluss auf die Zusammensetzung des Parlaments zu geben.

In wirtschaftspolitischer Hinsicht sicherte Mubarak dagegen zu, am eingeschlagenen wirtschaftlichen Liberalisierungskurs festhalten zu wollen. Das Ziel der Stärkung einer noch stärker auf die Weltmärkte ausgerichteten einheimischen Wirtschaft solle weiterverfolgt werden, ohne dass darunter die Sozialstaatsfunktionen zu sehr leiden werde. Allerdings führe an einer weiteren Privatisierung von defizitären Staatsbetrieben nach Mubaraks Ansicht kein Weg vorbei, wollte man auch in Zukunft dauerhafte Arbeitsplätze für die wachsende Zahl von Schulabgängern bereitstellen. Konkret stellte der Amtsinhaber ein umfassendes Beschäftigungsprogramm für ca. 4,5 Mio. Jugendliche in den nächsten sechs Jahren in Aussicht. Auch wolle er das ägyptische Rentensystem reformieren und die Löhne und Gehälter (im öffentlichen Sektor) anheben. Im Detail ist beabsichtigt ein Mikrokreditprogramm im Umfang von 3 Mrd. LE aufzulegen mit dessen Hilfe in den kommenden sechs Jahren Kleinunternehmen bis zu 100 000 neue Arbeitsplätze jährlich schaffen sollen. Daneben will der Amtsinhaber eine Summe von 60 Mrd. LE für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung stellen, damit diese in den kommenden sechs Jahren zusätzlich 900.000 Arbeitsplätze schaffen können. Vergleichbares soll aber auch für großindustrielle Projekte geschehen, die sich noch stärker am Weltmarkt orientieren sollen. Dem Tourismussektor soll weiterhin eine überragende Priorität bei den mit ausländischer Unterstützung durchgeführten Investitionsvorhaben zukommen. Die Anzahl der Hotelbetten soll in Ägypten in den nächsten sechs Jahren auf insgesamt 240 000 steigen, was weitere 200 000 Arbeitsplätze schaffen würde. Neben diesem Investitionsschub soll auch der ägyptische Agrarsektor, der weiterhin 20% des BSP Ägyptens bereitstellt und sowohl für 50% der Beschäftigung als auch der Warenexporte verantwortlich zeichnet, besonders gefördert werden. Deshalb soll in den nächsten Jahren im landwirtschaftlichen Sektor 1 Mio. Feddan neue landwirtschaftliche Nutzfläche erschlossen und dabei 420000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Was die angekündigten Gehaltssteigerungen angeht, schwebt dem Amtsinhaber vor, vor allem die Grundgehälter in den niedrigeren Gehaltsstufen der etwa 3,5 Mio. öffentlich Bediensteter nahezu zu verdoppeln und auch für den Rest noch Gehaltserhöhungen von bis zu 75% durchzusetzen. Ebenso plant der Amtsinhaber im Falle seiner Wiederwahl 1000 neue Sozialversicherungen für bisher nicht versicherte Bürger einzurichten, damit diese in Zukunft auch in den Genuss eines ausreichenden Altersruhegeldes kommen können. Ebenso soll die Zahl der Anspruchsberechtigten von Arbeitslosenunterstützung von heute 650 000, sukzessive auf später 1,3 Mio. steigen. Insgesamt werden also wieder die gleichen, umfangreichen Versprechungen gemacht, wie schon in der Vergangenheit und es wird wesentlich darauf ankommen, ob der ägyptische Wähler diesen Ankündigungen Glauben schenken wird oder eher nicht. Die Opposi-

tion verweist in diesem Zusammenhang gerne auf den Umstand, dass dem Amtsinhaber eigentlich schon seit Jahrzehnten die Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung gestanden haben um diese Ankündigungen bereits in die Tat umzusetzen und er dies nicht getan habe. Dies werfe doch wohl ein großes Fragezeichen auf und berechtige zu erheblichen Zweifeln an den Aussagen bzw. an der geäußerten Bereitschaft des Amtsinhabers, diese seine bisher gezeigte Haltung in Zukunft tatsächlich zu ändern.

6. Entstehung und Entwicklung

Die NDP ging aus der nasseristischen Einheitspartei *Arabische Sozialistische Union* (ASU) hervor und wurde 1978 von *Anwar Al Sadat* als Nachfolgepartei der 1907 von *Mustafa Kamel* gegründeten, anti-britischen Nationalpartei ins Leben gerufen. Bei den Wahlen im Juni 1979 erreichte die NDP mit 347 von 390 Sitzen eine überragende Mehrheit in der Volksversammlung. 1981 wurde *Hosni Mubarak* Präsident der Republik Ägypten und zugleich Vorsitzender der NDP.

7. Organisation und Struktur

Die auf rund 1,9 Millionen geschätzten Mitglieder der NDP kommen vor allem aus der öffentlichen Verwaltung und dem staatlichen Sektor, da eine Mitgliedschaft in der NDP weniger aus Überzeugung angestrebt wird, sondern eher dazu dient, persönliche und berufliche Vorteile zu erlangen. Im Unterschied zu den Oppositionsparteien ist die Regierungspartei landesweit präsent, da Provinzgouverneure und andere Spitzenbeamte häufig Mitglieder der NDP sind. Besonders bei Wahlen hat die NDP mit den ihr zur Verfügung stehenden Verwaltungsapparaten und Parteizentralen strukturelle Vorteile gegenüber den Oppositionsparteien. Seit 2002 laufen strukturelle, regulative und ideologische Reformierungsmaßnahmen der internen Parteistruktur in mehreren Phasen ab. Dazu gehört das Abhalten von Wahlen für Parteiämter auf drei Ebenen (Land, Gouvernorat und Stadt) sowie die interne Umstrukturierung des Generalsekretariats der Partei. Das Generalsekretariat verfügt über 25, das Politbüro über 12 Mitglieder.

Offizielle Internet-Seite: www.ndp.org.eg (auf Arabisch und Englisch)

8. Parteiführung

Parteivorsitzender: *Hosni Mubarak*
Prämierminister: *Atef Mohamed Ebeid*
Stellv. Premierminister: *Youssef Amin Wally* (Minister für Landgewinnung und Landwirtschaft)
Gamal Mubarak (Mitglied des Generalsekretariats)



Mohamed El-Ghamrawi (Vorsitzender des NDP Büros in Kairo)
Abdallah Tayel

9. Mitgliederzahl

1,9 Millionen

10. Parteinähe Veröffentlichungen

„Mayo“

„Islamis Lowa“

Al-Ghad Partei (Hisb Al-Ghad)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hisb Al-Ghad

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Ghad, Palme

4. Name der Partei auf Deutsch

Partei des morgigen Tages

5. Politische Aussage und Programmatik

Als säkulare Partei, die – trotz Kritik an der gegenwärtigen US-amerikanischen Politik – auf gute Beziehungen mit dem Westen baut, trifft die Al-Ghad Partei auf Probleme, Anerkennung zu finden. Dennoch stehen im Mittelpunkt ihrer Politik die Angelegenheiten aller Schichten und Bürger und damit vorwiegend innenpolitische Themen. Al-Ghad nimmt die finanzielle Hilfe, die die Regierung allen politischen Parteien zugesagt hat, nicht an, um ihre Unabhängigkeit zu wahren.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Demokratisierung
- Freie Wahlen unter internationaler Aufsicht
- Rechtsstaatlichkeit
- Ausbau der Rechte für die Frau
- Liberalisierung der Wirtschaft
- Offene und starke Beziehungen zu den USA und Europa
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Armut
- Verbesserung des Gesundheitssystems

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Ayman Nour, der 41jährige Vorsitzende der erst vor kurzem (überraschend) zugelassenen Al-Ghad Partei wird – zumindest aus der Sicht ausländischer Medien – als bedeutendster Gegenkandidat Mubaraks angesehen. Bevor er die Al-Ghad Partei gründete, war Nour jahrelang ein führendes (Parlaments-) Mitglied in der liberalen Wafd-Partei, die er allerdings im Jahre 2001 nach einer ernsten Auseinandersetzung mit ihrem Vorsitzenden,

Noaman Gomaa enttäuscht verlassen hat. Zwar versöhnte sich Ayman Nour erst kürzlich wieder mit seinem damaligen Parteifeind Gomaa, um durch eine gemeinsame Anstrengung die breite Unterstützung eines Spektrums unterschiedlicher politischer Kräfte gegen den Amtsinhaber zu mobilisieren, er erklärt sich jedoch in der Öffentlichkeit schon allein wegen des Alters- und damit Mentalitätsunterschieds zum eigentlichen Herausforderer des Amtsinhabers.

In seinen ersten Wahlkampfauftritten unter dem Motto: „Hoffnung auf Veränderung“ kündigte er an, dass er im Falle seiner Wahl zum Präsidenten das Amt zunächst nur für eine zweijährige Übergangsperiode ausüben wolle, während eine neue Verfassung ausgearbeitet werden soll. Dies erscheint ihm schon deshalb vorrangig zu sein, weil unter den gegebenen verfassungsrechtlichen Bedingungen eine wirklich demokratische Gesellschaft sich seiner Meinung nach nicht entfalten könne. Daneben will sich Nour um alle die bürgerlichen Freiheiten beschränkenden Gesetze kümmern und sie daraufhin überprüfen, ob sie wirklich der inneren Sicherheit dienen oder - wie es ihm der Fall zu sein scheint - nur dem repressiven Staatsapparat nützlich sind. Ebenso gilt es seiner Meinung nach sowohl der Bekämpfung der Korruption als auch der Lösung des Arbeitslosenproblems sowie der Kontrolle der stetig steigenden Nahrungsmittelpreise besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Nour fordert wie die meisten seiner Mitbewerber auch eine vollständige richterliche Überwachung der Wahlen und steht dem Vorschlag, die Wahlen von internationalen Beobachtern überwachen zu lassen, diesmal im Gegensatz zu vielen seiner Mitbewerber, vorbehaltlos positiv gegenüber. Auch würde er ägyptischen NROs eine aktive Rolle bei der Überwachung der Wahl bzw. der Wahllokale zubilligen. Er forderte den Amtsinhaber sogar explizit heraus, an einer einstündigen Fernsehdebatte (mit ihm) teilzunehmen, während der er versuchen wolle „jedem ägyptischen Wähler die Verantwortlichkeit des Präsidenten für die dringendsten nationalen Probleme der vergangenen 24 Jahre vor Augen zu führen“. Obwohl der Wahlkampf offiziell erst am 17. August begonnen hatte, hatte Nour schon seit mehreren Monaten damit angefangen, mit Hilfe von Hausbesuchen Ägypter in unterschiedlichen Regionen mit seinem Wahlprogramm vertraut zu machen.

Er unterstrich, dass die Al-Ghad Partei den Wahlkampf vorrangig durch Mitgliederspenden zu finanzieren gedenke aber auf die staatliche Wahlkampfsubvention nicht verzichten würde, schließlich sei sie im Wahlgesetz geregelt und stelle damit kein „Schmiergeld“ dar. Es sei vielmehr so, dass dem Amtsinhaber der gesamte Staatsapparat zur Verfügung stehe und selbst wenn dieser ihn nicht einsetzen wolle, seine Mitstreiter dies für selbstverständlich erachten und deshalb auch tun würden. Auch verfüge der Amtsinhaber über beste Kontakte zu Großindustriellen und zu den Vorständen der Staatsunternehmen, die bisher von ihm abhängig waren und weiterhin bereit sein werden seinen Wahlkampf mit großzügigen Sach- und Geldspenden zu unterstützen. Trotzdem kommt Ayman Nour zu dem Ergebnis, dass, wenn die Wahlen fair wären, er gewinnen könnte. Nour sieht sich und seine Partei als einzige ernsthafte Alternative zum aktuellen Regime, weshalb er auch der Überzeugung ist, dass das gegen ihn eingeleitete und inzwischen auf den 27

September verschobene Gerichtsverfahren wegen Betruges, von staatlichen Instanzen konstruiert worden sei, um seine Chancen bei der Präsidentschaftswahl zu beeinträchtigen und langfristig seine politischen Karriere zu ruinieren. Die erfolgte Vertagung der Verfahrenseröffnung erlaube Nour jetzt zwar seine Kandidatur aufrechtzuerhalten, sie zeigte aber, dass das alte Regime nur durch Druck von außen, in diesem Falle seitens des amerikanischen Außenministeriums, zu einem fairen Wahlverfahren gedrängt werden könne. Er bleibt zwar skeptisch was die Fairness des weiteren Wahlkampfverlaufs und konkret den Tag der Stimmenabgabe angeht, ein Wahlboykott, wie ihn einige andere Oppositionsparteien beschlossen haben, kam für ihn jedoch nie in Betracht, da er der Meinung sei, es wäre dem Respekt gegenüber dem ägyptischen Wähler gezollt, sich als Alternative zum Amtsinhaber zur Wahl zu stellen. Ein Boykott nutze nur dem Amtsinhaber, denn dieser könne nur durch eine mehrheitliche Stimmabgabe gegen ihn aus seinem Amt gedrängt werden.

6. Entstehung und Entwicklung

Die Al-Ghad Partei sieht sich in der ideologischen Nachfolge der alten Wafd Partei, die 1952 mit der Revolution der Freien Offiziere und der Präsidentschaft *Gamal Abd Al-Nassers* ihr Ende fand. So ist *Mona Makram Ebeid*, die zum Führungskreis der Al-Ghad Partei zählt, die Enkelin des koptischen Politikers und ehemaligen Generalsekretärs der alten Wafd Partei, *Makram Ebeid Pasha*.

Die Al-Ghad Partei wurde erst 2004 als politische Partei offiziell vom Shura Rat anerkannt. Bei den vorangegangenen Bemühungen als Partei zugelassen zu werden, war sie zurückgewiesen worden, mit der Begründung, sie unterscheide sich in ihrer Programmatik zu wenig von bereits existierenden Gruppierungen. Zu ihrem Vorsitzenden wählte die Partei *Ayman Nour*, ein ehemaliges Mitglied der Wafd Partei und früherer Parlamentsabgeordneter. Nach Auseinandersetzungen mit dem Vorsitzenden der Wafd Partei, *Noaman Gomaa*, hatte Nour die Partei verlassen müssen und gründete daraufhin die Al-Ghad Partei, zusammen mit rund 25 % der alten Wafd Mitgliedern. Zu Jahresbeginn 2005 wurde Nour aufgrund des Verdachts der Dokumentenfälschung festgenommen. Auch der stellvertretende Vorsitzende *Mousa Mustafa* wurde inhaftiert, jedoch erlangten beide nach wenigen Monaten ihre Freilassung.

7. Organisation und Struktur

25% der Mitglieder kommen aus der Wafd Partei, der Nour bis 2004 beistand. Als weitere Mitglieder sind sowohl Intellektuelle als auch Arbeiter zu nennen.

Offizielle Internet-Seite: <http://www.aymannoor.com/> (nur auf Arabisch)

8. Parteiführung

Parteivorsitzender: Ayman Nour



Stellv. Vorsitzender: Nagni El-Ghatrifi (Mousa Mustafa)
Generalsekretär: Wael Nawarra
Parteisprecher:
Vorstand: Ferial Gomaa

9. Mitgliederzahl

ca. 2000 registrierte Mitglieder

10. Parteinaher Veröffentlichungen

„Al-Ghad“

AI-Wafd Partei (Hisb AI-Wafd AI-Jadid)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hisb al-Wafd al-Jadid

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Wafd, Fackel

4. Name der Partei auf Deutsch

Partei der neuen Delegation

5. Politische Aussage und Programmatik

Die NWP vertritt eine nationalliberale Ordnungsvorstellung - insbesondere im Wirtschaftsbereich - und ein säkulares Gesellschaftsmodell. Außenpolitisch setzt sie sich für Arabische Einheit, die Rechte der Palästinenser und eine weitere Zusammenarbeit mit den USA ein.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Demokratie basierend auf einem Mehrparteiensystem
- Direktwahl des Präsidenten
- Schutz der Menschenrechte und der Freiheit, auch für Frauen
- Privatisierung und Liberalisierung der Wirtschaft
- Betonung der arabischen, afrikanischen und islamischen Rolle Ägyptens
- Schaffung einer neuen Verfassung
- Festigung der nationalen Sicherheit, um so für Frieden zu garantieren
- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Schaffung von Anreizen für ausländische Investoren
- Integrierung des Sudans (nationale Sicherheit für Ägypten)
- Abschaffung der 50% Bauern-Quote im Parlament

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Der 71-jährige aktuelle Vorsitzender der traditionsreichen, liberalen ägyptischen Wafd-Partei, Noaman Gomaa, hatte sich erst nach langem Zögern dazu entschlossen, für das Amt des Staatspräsidenten zu kandidieren. Es waren die Mitglieder des Obersten Rates seiner Partei, die ihn erst am 1. August mehrheitlich dazu aufgefordert hatten für das

oberste Staatsamt zu kandidieren, weil sie zu der Überzeugung gelangt waren, dass die politische Partei mit der längsten demokratischen Geschichte im Land sich einer solchen Möglichkeit zur Kandidatur nicht enthalten könne, auch wenn die Umstände der Teilnahme an diesen Wahlen nicht nur ihnen fragwürdig erschienen. Gomaas Verbindung mit der Wafd-Partei reicht weit zurück. Als die Partei, die nach der Revolution von 1952 wie alle anderen politischen Parteien in Ägypten aufgelöst worden war, sich im Jahre 1978 auf Veranlassung des damaligen Präsidenten Sadat vorübergehend wieder neu konfiguriert hatte, trat er ihr erneut bei, erlebte aber nur einige Monate später die Selbstauflösung der Partei. Allerdings betrieb er mit seinen politischen Freunden dann im Jahre 1983 wieder die Neugründung der Partei und wurde umgehend in den neuen Parteivorstand berufen. 1986 wurde er Vize-Generalsekretär und 1989 schließlich stellvertretender Vorsitzender der Partei. Im Jahr 2000 wurde Gomaa, der damals bereits Dekan der juristischen Fakultät der Universität Kairo war, nach dem Tod des langjährigen Parteivorsitzenden Serag-geddin zu seinem Nachfolger gewählt.

Gomaa's Wahlprogramm spiegelt die traditionellen, vor allem (wirtschafts-) liberalen Grundüberzeugungen seiner Partei wider. Innenpolitisch strebt Gomaa vor allem eine Aufhebung des Ausnahmezustandes an und stellt im Falle seiner Wahl neben der Freilassung politischer Gefangener vor allem eine Änderung zahlreicher Verfassungsartikel in Aussicht. Mit dem Motto: „We have had enough“ das sehr an den Slogan der Kefaya Bewegung (Enough) erinnert, verspricht der Wafd Kandidat, dass man im Falle seiner Wahl ernsthaft daran gehen werde, Ägypten von Grund auf zu verändern. (Together we will seriously change Egypt.) In seinem 25-Punkte Wahlprogramm betont Gomaa u. a. er wolle die Rechte des Staatsoberhauptes in Zukunft zu Gunsten des Parlaments beschränken und der Justiz noch mehr Unabhängigkeit garantieren, was ihm als Jurist ein besonderes Anliegen sei. Gomaa lehnt dagegen eine parteipolitische Rolle der ägyptischen Muslimbruderschaft ab. Er plädiert stattdessen für eine Allianz der Bruderschaft mit etablierten demokratischen Parteien, wie dies ja bereits im Jahre 1984 zwischen der damaligen Neo-Wafd und der Muslimbruderschaft stattgefunden habe. Damals bescherte diese Koalition der Wafd immerhin 58 Parlamentssitze. Zuletzt verfügte die Wafd Partei im 454-sitzigen ägyptischen Parlament dagegen nur noch über 4 Mandate, die unabhängigen Kandidaten der ägyptischen Muslimbruderschaft dagegen hatten noch 15 Mandate inne.

In wirtschaftlicher Hinsicht plädiert er für eine weitere Förderung der Privatwirtschaft und eine Reduzierung der Zahl öffentlicher Unternehmen, was mit dem Ziel der Begrenzung der Staatsausgaben verknüpft wird. Er beabsichtigt zudem, das in den letzten Jahren stetig wachsende Haushaltsdefizit kontinuierlich zu verringern und ausländische (Entwicklungshilfe-) Kredite stärker zu regulieren. Er will durch eine geeignete Zoll- und Handelspolitik besonders jene ausländischen Investoren fördern, die einen Beitrag zur Lösung des anhaltenden Arbeitslosenproblems versprechen. Dies würde am ehesten durch solche Investitionen geschehen, die dem ägyptischen Export auf die Sprünge helfen. Außenpolitisch würdigt er die besonderen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, spricht sich aber sowohl gegen eine Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten Ägyptens als auch gegen eine vollständige Normalisierung der Beziehungen zu Israel aus. Er

steht Auslandseinsätzen der ägyptischen Streitkräfte sehr zurückhaltend gegenüber und würde diesen nur unter einem Friedensmandat der UN zustimmen wollen. Gomaa unterstützt dagegen die Einheit des Sudan.

Mit der Bemerkung: „Mich zur Kandidatur entschlossen zu haben bedeutet, gewinnen zu wollen“ macht sich Gomaa in seinen Wahlkampfauftritten immer wieder Mut, ohne jedoch zu leugnen, dass das aktuelle politische Klima allen Gegenkandidaten Mubaraks Schwierigkeiten bereite. Trotzdem beabsichtigt seine Partei nicht, die £E 500.000 „Wahlkampfhilfe“, die laut Verfassungsänderung jedem Präsidentschaftskandidaten zustehen, anzunehmen. Dies gebiete, so Gomaa, sein patriotischer Stolz, schließlich müsse ja der ägyptische Steuerzahler für diese Subvention aufkommen und dieser Steuerzahler sei ja ohnehin schon genug belastet. Er werde sich also bescheiden und bemühen möglichst mit den zur Verfügung stehenden Spendenmitteln auszukommen.

6. Entstehung und Entwicklung

Die 1919 von *Saad Zaghlul* gegründete Wafd Partei forderte von Beginn an die Unabhängigkeit von Großbritannien und setzte sich für die Beschränkung der Rechte der königlichen Dynastie und für eine weitreichende Demokratisierung ein. Weiterhin sprach sie sich für eine Förderung der freien Marktwirtschaft, sowie der islamisch-christlichen Einheit aus. Bis 1952 hatte die Wafd Partei das politische Leben in Ägypten beherrscht, nach der Revolution allerdings wurde sie gleichwohl wie alle anderen Parteien verboten. Erst ein 1977 verabschiedetes Gesetz erlaubte die Gründung neuer Parteien, so dass im Februar 1978 aus der alten Wafd Partei die „Neue Wafd Partei“ hervorging, die sich offiziell von den vorrevolutionären Zielen distanzieren musste, dies allerdings nie in die Tat umsetzte. Um jedoch einem erneuten Erstarken der neuen Partei zuvor zukommen, erließ Präsident Sadat kurz darauf ein Dekret, welches Politikern die Zugehörigkeit zu Parteien verbot, die bereits vor 1952 politisch aktiv gewesen waren. Diese Regelung zielte in erster Linie auf die NWP und ihren Vorsitzenden *Fouad Serageddin* ab, mit der Folge, dass die Parteiarbeit erneut nahezu zum Erliegen kam. Erst nach einem Urteil des Obersten Verwaltungsgerichtes des Landes konnte sich die NWP im Januar 1984 neu konstituieren und zu den Parlamentswahlen im selben Jahr antreten. Bis heute blieb dieser Partei jedoch eine Regierungsbeteiligung versagt und sie konnte in keinster Weise an die Erfolge der Vergangenheit anknüpfen.

Da die NWP nach wie vor ihre traditionellen Ziele, Förderung der Demokratie und des freien Marktes propagiert, anstatt sich verstärkt mit konkreten Möglichkeiten der Armutsbekämpfung zu befassen, wird sie von vielen Ägyptern als veraltete Gruppierung angesehen. Neben langjährigen Führungsstreitigkeiten, wird die Partei zusätzlich dadurch belastet, dass ihr wirtschaftsliberaler Ansatz von vielen Ägyptern in den Zusammenhang mit der ungeliebten Globalisierung gebracht wird. Die Neue Wafd Partei besitzt damit ein ernstes Imageproblem und verlor bei den letzten Wahlen aus diesem Grund kontinuierlich Stimmen.

7. Organisation und Struktur

Kontakt: 1 Boulus Hana Street
Dokki, Cairo
P.O. Box 357 Imbaba

Offizielle Internetseite: www.alwafd.org (nur auf Arabisch)

8. Parteiführung

Parteivorsitzender
und Generalsekretär: Noaman Gomaa
Fraktionsvorsitzender: Mounir Fakhri Abdel-Nour
Parteisprecher: Fouad Badrawi



9. Mitgliederzahl

25.000 registrierte und zahlende Mitglieder

10. Parteinähe Veröffentlichungen

Die täglich erscheinende „Al-Wafd“ wurde 1984 gegründet und gilt als seriöse und anspruchsvolle Oppositionszeitung.

Nasseristische Partei (Hizb al-Arabi al-Demoqrati al-Nasiri)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hizb al-Arabi al-Demoqrati al-Nasiri

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens

ADNP

4. Name der Partei auf Deutsch

Arabisch Demokratisch Nasseristische Partei

5. Politische Aussage und Programmatik

Die Parteiprogrammatik basiert auf Nassers Ideologie des Sozialismus, der arabischen Einheit und der nationalen Unabhängigkeit, sowie auf dem Antizionismus.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Starker demokratischer Zentralstaat mit wirtschaftlicher Kontrollfähigkeit
- Stärkung der nationalen Wirtschaft und Bekämpfung der Globalisierung
- Förderung der arabischen Einheit
- Schaffung einer engen Kooperation zwischen Ägypten, Libyen und dem Sudan
- Verurteilung des „amerikanischen Imperialismus“ und der Politik Israels

6. Entstehung und Entwicklung

Nach der Machtübernahme *Anwar Al-Sadats* 1970, wurden zahlreiche Politiker und ranghohe Verantwortliche, die *Nasser* nahe gestanden hatten, ihrer Ämter enthoben und teils sogar für mehrere Jahre eingesperrt. Ab den 1980er Jahren versuchte ein Teil dieser alten Kader eine neue Partei aufzubauen, die Nassers ideologischen Vorstellungen von Panarabismus und Unabhängigkeit in zeitlich angepasster Form wieder zu beleben gedachte. Jedoch wurden diese Bemühungen von dem der Regierung unterstehenden Komitee für Angelegenheiten der politischen Parteien, welches über die Gründung neuer Parteien entscheidet, torpediert, so dass sich erst nach einem Jahre währenden Instanzen- und Gerichtsstreit 1992 die ADNP konstituieren konnte. *Diaa Al-Din Dawoud*, der unter Nasser noch als Minister gedient hatte, wurde noch im selben Jahr zum Parteivorsitzenden gewählt. Eine der Hauptschwierigkeiten der ADNP besteht darin, die verschiedenen Generationen von Mitgliedern in einen politischen Einklang zu bringen. So rebel-

lierte ab Mitte der 1990er Jahre bereits die jüngste Parteigarde, die Nasser größtenteils selbst nicht mehr erlebt hat, gegen den autoritären und wenig innerdemokratischen Führungsstil der alten Nassermitstreiter. Die Partei ist demzufolge heute mehr mit internen parteilichen Grabenkämpfen beschäftigt, als mit der Formulierung einer kohärent durchdachten und wahlwirksamen Programmatik.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Parteivorsitzender: Diao Al-Din Dawoud
Fraktionsvorsitzender: Hamed Mahmoud
Weiterer Abgeordneter: Heider Boghdadi



9. Mitgliederzahl

Nach Parteiangaben hatte die ADNP zur ihrer Gründung bereits 50.000 Mitglieder, wobei es heute zirka 200.000 sein sollen. Unabhängige Quellen gehen jedoch nur von 60.000 eingeschriebenen Parteimitgliedern aus

10. Parteinaher Veröffentlichungen

„Al-Arabi al-Nassiri“ erscheint wöchentlich

National-Progressive Sammlungspartei (Tagammu)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hisb al-Tagammu al-Watani al-Taqqadumi al-Wahdawi

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens

Tagammu

4. Name der Partei auf Deutsch

National-Progressiv-Unionistische Sammlungspartei, „Die Versammlung“

5. Politische Aussage und Programmatik

Die Partei vertritt nach sozialistischer Sichtweise die Interessen der Unterschicht und widersetzt sich jeglicher Art der ökonomischen Liberalisierung, sowie der zunehmenden Internationalisierung der ägyptischen Wirtschaft.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Förderung von Freiheit und Demokratie
- Stärkung der sozialen Gerechtigkeit
- Trennung von Politik und Religion
- Toleranz gegenüber anderen Religionen
- Eintreten für eine laizistische Gesellschaft
- Eintreten für freie und gerechte Wahlen
- Förderung einer Gesellschaft frei von Ausbeutung
- Rückkehr zur Zentralverwaltungswirtschaft
- Aufhaltung der Deregulierung des öffentlichen Sektors
- Bekämpfung der Korruption
- Nationale Unabhängigkeit von den westlichen Mächten
- Betonung der arabischen Rolle Ägyptens

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Nachdem der Parteiführer Mohey Eddine (80 Jahre) nicht erneut für die Stellung des Parteivorsitzenden kandidieren durfte (eine dritte Wiederwahl ist seit 2002 nicht erlaubt), wurde Al-Saeed (71 Jahre alt) dafür nominiert. Hauptaussagen bezüglich der Kandidatur

sind die Forderung nach mehr Demokratie und die Rückkehr zur Zentralverwaltungswirtschaft.

6. Entstehung und Entwicklung

Die Tagammu ging aus einer Anfang der 1970er Jahre entstandenen linken Plattform, der Einheitspartei Arabische Sozialistische Union (ASU) hervor. Im Zuge seiner Öffnungspolitik erlaubte Präsident Sadat 1976 die Spaltung der ASU in drei unabhängige Gruppierungen, woraus sich die Tagammu als Linkspartei gründete, die sowohl Nasseristen und Marxisten, als auch arabische Nationalisten in ihren Reihen aufnahm. Nach dem Zerfall des Ostblocks büßte die Tagammu einen Großteil ihrer politischen Legitimität ein, so dass sie einen internen Wandel vollzog, der dazu führte, dass sie anstatt des sozialistischen Einheitsstaates verstärkt demokratische Ziele verfolgte. Dennoch versucht die Tagammu auch heute noch die Unterschicht und in besonderem Maße die Arbeiterschaft zu repräsentieren und soziale Ungerechtigkeiten zu bekämpfen. Jedoch kann sie sich nur schwerlich von ihrem Ruf einer Intellektuellen-Partei lösen. Hinzu kommt, dass gerade in den 1990er Jahren schwere innerparteiliche Auseinandersetzungen über den politischen Kurs das Parteileben lahm legten. Die Tagammu ist daher nur schwach im Parlament vertreten, auch wenn sie generell in den Großstädten über mehr Einfluss verfügt

7. Organisation und Struktur

Sie wird offiziell als „National Progressive Unionist Party“ bezeichnet und richtet sich gegen die Privatisierungspolitik der NDP. Ziel der Partei ist es, Korruption, Armut und Arbeitslosigkeit zu verringern. Außenpolitisch befürwortet sie eine größere Abhängigkeit vom Weißen Haus. Ihre Zielgruppe besteht aus Nasseristen, Marxisten und Nationalisten.

Internet-Seite: www.al-ahaly.com/Contents/Party.htm

8. Parteiführung

Parteivorsitzender:

Rifaat Al-Saeed

Generalsekretär:

Hussein Abdel Razeq

Ehrevorsitzender und Gründer:

Khaled Mohieddin



9. Mitgliederzahl

22.000 Mitglieder

10. Parteinaher Veröffentlichungen

„Al-Ahali“ (wöchentlich/monatlich)

Sozialistische Partei der Liberalen (Hizb al-Ahrar al-Ishtiraki)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hizb al-Ahrar al-Ishtiraki

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens

SPL

4. Name der Partei auf Deutsch

Sozialistische Partei der Liberalen

5. Politische Aussage und Programmatik

Das Programm der Al-Ahrar ähnelt stark den Grundsätzen der Wafd Partei, wenn die SPL auch einen stärker islamischen Gesichtspunkt vertritt. Wie alle Oppositionsparteien unterstützt auch die SPL den Demokratisierungsprozess des Landes. Insgesamt gibt die Partei jedoch aufgrund interner Streitigkeiten ein diffuses und selten kohärentes Bild von sich ab.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Erzwingung freier Wahlen
- Erweiterung der Kompetenzen des Parlaments
- Förderung der Meinungs- und Pressefreiheit
- Rechte der Unter- und Mittelklasse erweitern
- Festigung des öffentlichen Sektors
- Einheit der Arabischen Staaten und Kritik am Zionismus

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Helmy Salem ist ein Armee Offizier, der 1973 am Krieg teilgenommen hat und 1976, als die Partei gegründet wurde, Al-Ahrar beitrug. Die Hauptaussagen seines Programms sind die Schaffung einer neuen Konstitution und die Machtlimitierung des Präsidenten. Falls gewählt, möchte Salem die politische Freiheit erweitern, die Pressefreiheit durchsetzen und die Gründung von Parteien erlauben. Außerdem möchte er den privaten Sektor dabei unterstützen, sich politisch einzubringen. Sich auf den arabischen Raum beziehend, verfolgt Herr Salem die Idee, eine gemeinsame arabische Währung einzuführen und einen arabischen Gerichtshof zu schaffen.

6. Entstehung und Entwicklung

Im Zuge seiner Politik der „offenen Tür“ (Infitah) erlaubte Sadat 1976 die Spaltung der Einheitspartei Arabische Sozialistische Union (ASU) in drei Parteien, der zentristischen NDP, der sozialistischen Tagammu Partei und der liberalen SPL, wobei letztere vom Präsidenten als loyale Oppositionspartei gedacht war. Die Al-Ahrar unter ihrem Vorsitzenden Mustafa Kamel Murad vertrat anfangs in erster Linie wirtschaftsliberale Themen und unterstützte Sadats Friedensbemühungen Israel gegenüber. Diese regierungsfreundlichen Ansichten führten in der Folge zu einem Legitimitätsverlust in der Bevölkerung, weil die erhoffte Oppositionswirkung ausblieb, und damit schließlich auch zu mehreren herben Wahlniederlagen. Um der zunehmenden Bedeutungslosigkeit der SPL entgegen zu wirken, ging die Parteiführung 1987 eine Wahlkoalition mit den Muslimbrüdern und der sozialistischen Arbeiterpartei ein. Die dadurch aufgezwungene Abkehr von der ursprünglichen liberalen Ideologie führte jedoch zu einer weiteren Schwächung der Partei, da ein Teil der Mitgliedschaft sich der Neuen Wafd Partei anschloss. Nach dem Tod des Parteigründers und langjährigen Vorsitzenden Murad 1998 kam es zu erheblichen Kämpfen um die Parteiführung, die erst im Januar 2005 zum Erliegen kamen, nachdem das der Regierung nahe stehende Komitee für Angelegenheiten der politischen Parteien *Helmy Salem* zu neuen Parteiführer bestimmt hatte.

7. Organisation und Struktur

Internet-Seite: <http://www.ahrar.org.lb/Default.asp> (nur arabisch)

8. Parteiführung

Parteivorsitzender: Helmy Salem
Abgeordneter: Talaat Al-Sadat



9. Mitgliederzahl

1.200

10. Parteinaher Veröffentlichungen

Die täglich erscheinende „Al-Ahrar“ ist heute weitestgehend unabhängig
„Al-Haqiqa“ (islamische Wochenzeitung)
„Al-Nour“ (wöchentlich)

Verfassungspartei (Hisb al-Doustouri al-Igtimai al-Hur)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hisb al-Doustouri al-Igtimai al-Hur

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Doustour, Haus

4. Name der Partei auf Deutsch

Freie und soziale Verfassungspartei

5. Politische Aussage und Programmatik

Die Reform der Wirtschaft ist das wichtigste Anliegen von Al-Doustouri. Mithilfe eines nationalen Bankensystems für die Armen soll die ägyptische Ökonomie modernisiert werden. Vor allem kleine und mittlere Unternehmen sollen von den Investitionen profitieren, so dass der Export gesteigert und neue Arbeitsplätze geschaffen werden können. Weiterhin strebt die Partei eine Verfassungsänderung an, die die Amtszeit jedes Präsidenten auf maximal zwei achtjährige Legislaturperioden begrenzt.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Bekämpfung der Arbeitslosigkeit
- Demokratisierung
- Soziale Sicherheit
- Nationale Sicherheit
- Schaffung einer neuen Verfassung
- Reformierung des Bildungs- und Kulturwesens
- Schaffung von Anreizen für ausländische Investoren
- Steuersenkungen
- Abbruch der Beziehungen mit den USA

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Der 69-jährige Kandidat der „Verfassungspartei“, Mamdouh Qenawi, stammt aus dem Ort Sohag, studierte Jura an der Universität Kairo und errang im Jahre 1984 einen Sitz in der Nationalversammlung. Später wurde er in den Shura-Rat gewählt und ist damit ein parlamentserfahrener Kandidat. In seinen programmatischen Aussagen fordert er „soziale Lösungen und niedrige Armuts- und Inflationsraten“. Auch er plädiert für eine Änderung der

Verfassung, um den jeweiligen Präsidenten daran zu hindern, länger als zwei achtjährige Legislaturperioden im Amt zu bleiben. Er monierte in seinem Wahlprogramm die Tatsache, dass ein großer aber unbestimmter Teil des ägyptischen Haushaltsplans, was z. B. detaillierte Angaben zu den Militärausgaben angeht, der Kontrolle bzw. Entscheidung durch das Parlament weiterhin entzogen sei. Er hielt es in einem demokratischen System für geboten, dass das gewählte Parlament in transparenter Weise über alle Staatsausgaben Kenntnis erhalte und diese letztlich zu bewilligen habe. Er hoffe, dass auf diesem Wege die umfangreichen Militärhilfen in Zukunft in stärkerem Maße auch für die Ausbildung der Truppe und weniger für militärisches Gerät ausgegeben werden. Qenawi beabsichtigt für die Armen ein nationales Mikrofinanzsystem aufzubauen - eine Idee, die in Bangladesh entstand - und die er auf Ägypten zu übertragen gedenkt. Diese Banken würden die 600 Milliarden ägyptische Pfund, die zur Zeit bei ägyptischen Banken angelegt sind, in kleine und mittlere Unternehmen investieren – ein Schritt, von dem sich Qenawi erhofft, dass er dazu beitrage die ägyptischen Exporte zu steigern und zusätzliche Arbeitsplätze zu schaffen. Wohl wissend, dass die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit seine schwierigste Herausforderung sein wird, betont er dass „es Jahre dauern wird, bis es mithilfe der Ausbildung neuer Absolventen in unterschiedlichen Fachgebieten und der Erhöhung der Qualität der Bildung gelingen kann die Arbeitslosenquote zu reduzieren“. Auch gelte es, als strategisch begriffene Industrien von einer Privatisierung auszunehmen und gleichzeitig alle sonstigen Privatisierungserlöse nicht wie bisher einfach dem Budget zuzuführen um Haushaltslöcher zu schließen sondern diese ausschließlich für Investitionen zu verwenden.

6. Entstehung und Entwicklung

Al-Doustouri ist eine sehr junge Partei, sie wurde erst im Jahr 2005 gegründet. Ihr Vorsitzender *Mamdouh Qenawi* ist ehemaliges Mitglied der islamistisch orientierten Labour-Partei.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Parteivorsitzender: Mamdouh Qenawi
Stellv. Vorsitzender:
Generalsekretär:
Parteisprecher:



9. Mitgliederzahl

10. Parteinähe Veröffentlichungen

Partei der Solidarität (Hisb Al-Takaful)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hisb Al-Takaful

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Takaful, Pyramide

4. Name der Partei auf Deutsch

Partei der Solidarität

5. Politische Aussage und Programmatik

Die obersten Ziele der Partei sind, wie der Name impliziert, gegenseitige Verantwortlichkeit, Solidarität und soziale Gerechtigkeit nicht nur zwischen den Ägyptern, sondern zwischen allen Arabern und Muslimen. Darüber hinaus tritt sie für die Einhaltung demokratischer Prinzipien ein. Sie fordert eine Reform des Steuersystems und die Einführung einer Vermögenssteuer für die Reichen, sowie eine bessere medizinische Versorgung aller Bevölkerungsschichten, um die soziale Gerechtigkeit zu gewährleisten. Dem Vorsitzenden zufolge soll sein Parteiprogramm im aufklärerischen Sinne zur Einheit der Menschen und der Religionen führen. Sein Wahlmotto lautet: „Bestimmung und Gewissheit gegen Geld und Profit“.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Soziale Gerechtigkeit
- Reform des Steuersystems
- Restrukturierung des Militärs
- Schaffung einer arabischen militärischen Koalition gegen Israel
- Verbesserung des Ausbildungssystems
- Freilassung aller politischer Gefangener
- Aufhebung des Notstandsgesetzes

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Der 66-jährige Vorsitzende der „Solidaritätspartei“ und Professor für Finanzwissenschaft Osama Shaltout begründete seine Präsidentschaftskandidatur damit, dass er zu zeigen gedenke, dass größere Gleichheit in der ägyptischen Gesellschaft tatsächlich möglich sei. Zwar plädiert auch er für eine Verfassungsreform, die die Amtszeit des Präsidenten be-

grenzt, bei ihm jedoch auf nur zwei fünfjährige Legislaturperioden. Zudem solle der Präsident alle drei Jahre über seine Handlungen im Parlament Rechenschaft ablegen müssen. Sollte er es dann nicht geschafft haben, seine Wahlversprechen zu erfüllen, könnte er entweder vom Parlament abberufen oder sogar im Missbrauchsfall zu einer Haftstrafe verurteilt werden.

In der Überzeugung, dass die Arbeitslosigkeit nach wie vor Ägyptens größtes Problem darstellt, versprach Shaltout, sich sofort um die wirtschaftlichen und sozialen Missstände im Land kümmern zu wollen. Dies wolle er vor allem tun, indem er die Golfstaaten dazu bringen würde, 20% ihrer Fördereinnahmen einem Fonds für Investitionen ausschließlich in der Arabischen Welt zur Verfügung zu stellen. Diese sollten dann vornehmlich im Wohnungsbau eingesetzt werden, damit jeder Bürger in absehbarer Zeit über eigenen Wohnraum in der Nähe seines Arbeitsplatzes verfügen könne. Für den Fall, dass diese Wahlen fair abgehalten würden, zeigt sich Shaltout davon überzeugt, dass er bis zu 51% der Stimmen auf sich vereinen kann.

6. Entstehung und Entwicklung

Die Al-Takaful Partei wurde in Folge eines Gerichtsverfahrens im Februar 1995 gegründet. Sie zählt zu den jüngsten Parteien Ägyptens und hat sich bisher wenig bemerkbar gemacht. Ihr Vorsitzender, Osama Mohamed Shaltout ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Kairo Universität. Der Parteiname Al-Takaful (am ehesten mit Solidarität zu übersetzen) nimmt Bezug auf das islamische Prinzip der Verantwortung eines jeden für seine Mitmenschen. Dieses Prinzip soll auf die Gesamtheit der Gesellschaft angewandt werden.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Parteivorsitzender: *Osama Mohamed Shaltout*,
Professor an der Kairo Universität



9. Mitgliederzahl

10. Parteinaher Veröffentlichungen

El-Sadaa“ (bis Juni 2003, danach verboten)
„Al-Ummah“ (wöchentlich)

Demokratische Unionspartei (Hisb al-Ittihad al-Demoqrati)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hisb al-Ittihad al-Demoqrati

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Ittihad, Leuchtturm

4. Name der Partei auf Deutsch

Demokratische Unionspartei

5. Politische Aussage und Programmatik

Die Demokratische Unionspartei verfolgt hauptsächlich das Ziel, die Wirtschaftspolitik zu verändern und durch Reformen zu stärken, um so das Hauptproblem, die Arbeitslosigkeit, zu lösen. Darüber hinaus fordert die Partei, wie der Name bereits impliziert, eine Demokratisierung des politischen Systems.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Reform der Kommunalverwaltung
- höhere Strafen für Verwaltungsvergehen
- Beendung der kostenlosen Ausbildung jenseits der Ebene der Schulpflicht (um das Ausbildungsniveau zu heben)
- Wiedereinsetzung des Hafens in Alexandria und Errichtung einer freien Wirtschaftszone in Alexandria
- Führung guter Beziehungen mit den anderen Ländern in der Welt (auf Basis gemeinsamer Interessen)
- Einführung einer neuen Verfassung
- Stärkung der politischen Rolle der Parteien

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Der 47-jährige Vorsitzende der Demokratischen Union, Ibrahim Tork, wurde 1958 in Alexandria geboren. Bevor er in die Politik wechselte war er Bankmanager (Delta Bank) und Geschäftsmann. Es überrascht deshalb kaum, dass der Kandidat sich in seinen Wahlkampfaußagen nahezu ausschließlich mit den wirtschaftlichen Problemen des Landes auseinandersetzt. Er ist dabei der Überzeugung, dass die inzwischen eingeleiteten wirtschaftlichen Reformen zwangsläufig politische Reformen nach sich ziehen müssen. Er

sieht durchaus Chancen wirtschaftlichen Fortschritts durch eine effektivere Nutzung der Ressourcen des Landes. Er unterstützt deshalb jedwede Liberalisierung der ägyptischen Wirtschaft, denn nur diese könne die Grundlage für ein erfolgreiches, wirtschaftlich und politisch stabiles, demokratisches, republikanisches System liefern. Er appelliert an den unternehmerischen Geist der ägyptischen Bevölkerung und glaubt, erst wenn dieser von den existierenden legalen Fesseln befreit sei, könne man wirtschaftliches Wachstum und Prosperität erwarten. Er will mit seiner Wirtschaftspolitik dem Anstehen um subventioniertes Brot genauso ein Ende bereiten, wie er die landwirtschaftliche Nutzfläche zu erhöhen gedenkt.

6. Entstehung und Entwicklung

Die demokratische Unionspartei wurde 1990 gegründet.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Parteivorsitzender:

Ibrahim Abdel-Monem Tork



9. Mitgliederzahl

10. Parteinaher Veröffentlichungen

Arabisch sozialistische Partei (Al-Hisb Al-Arabie Al-Ishtirakia)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Al-Hisb Misr Al-Arabie Al-Ishtirakia

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Misr al-Arabie, Sonne

4. Name der Partei auf Deutsch

Arabisch sozialistische Partei Ägyptens

5. Politische Aussage und Programmatik

Die arabisch sozialistische Partei setzt sich in erster Linie für die soziale Gerechtigkeit und die nationale Unabhängigkeit ein.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Verfassungsartikel 4, der besagt, dass Ägypten ein sozialistisches Land sei, wieder mehr Geltung zu verschaffen
- Liberalisierung der Wirtschaft zu stoppen
- Einführung staatlicher Produktionsleistungen
- Bessere staatliche Gesundheitsversorgung und Ausbildung
- Einführung von preiswerten Wohnungen und niedrigen Preisen für Grundnahrungsmitteln
- Arbeitslosigkeit durch Kleinstprojekte und einen wieder erstarkten öffentlichen Sektor zu reduzieren
- Rechte der Frauen zu unterstützen
- Bekämpfung der Korruption
- Förderung einer Unterstützung der Armen durch Reiche
- Nominierung eines Vizepräsidenten

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Wahid Al-Uksory, der erst 52-jährige Absolvent der sozialwissenschaftlichen Fakultät, des islamischen Rechts und der Militärpolitik betonte in seinen Wahlkampfäußerungen immer wieder, dass er es, im Falle seiner Wahl, als seine Hauptaufgabe ansehe „...den ägyptischen Staatsbürger wieder selbstbewusster zu machen, da dieser, infolge jahrzehntelanger Armut, psychologischen Schaden genommen habe...“.

6. Entstehung und Entwicklung

Die arabisch sozialistische Partei ist neben der NPUSP und der SPL eine der drei 1976 eingeführten Parteien, die aus der ASU hervorgingen. Durch die Gründung der NDP im Jahr 1978 kam es in den folgenden Jahren zu einer von Sadat beauftragten Fusion der Parteien, die von einigen führenden Politikern der ASP stark abgelehnt wurde. In diesem Sinne fand die Partei 1982 nach einem gerichtlichen Beschluss zu ihrer Eigenständigkeit zurück.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Parteivorsitzender:

Wahid Al-Uksory



9. Mitgliederzahl

10. Parteinaher Veröffentlichungen

„Al-Shaab“ (alle zwei Wochen)

„Manbar El-Sharq“ (vierteljährlich)

Ägypten 2000 (AI-Hisb Misr 2000)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

AI-Hisb Misr 2000

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Misr 2000, Ähre

4. Name der Partei auf Deutsch

Ägypten 2000 Partei

5. Politische Aussage und Programmatik

Die Förderung der Demokratie steht im Parteiprogramm von Misr 2000 an erster Stelle. *Fawzi Ghazal* fordert eine Besetzung öffentlicher Ämter und staatlicher Führungspositionen auf allen Ebenen durch Direktwahl. In ökonomischer Hinsicht setzt die Partei auf eine effizientere Ausnutzung der vorhandenen Ressourcen, dann könnte, so Ghazal, Ägypten eines der wohlhabendsten Länder der Erde werden. Ägypten soll sich außenpolitisch stärker an der arabischen Welt orientieren und die engen Bindungen an den Westen lockern.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Abbau der Arbeitslosigkeit
- Beschleunigung des politischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungsprozesses
- Förderung und Gewährleistung politischer Freiheiten
- Aufhebung des Notstandgesetzes
- Stärkung der politischen Rolle der Parteien
- Schaffung einer arabischen Freihandelszone
- Vertiefung der Beziehungen mit allen anderen Ländern der Welt

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Der heute 73-jährige Vorsitzende der erst gegen Ende der neunziger Jahre legalisierten Ägypten 2000 Partei, Fawzi Ghazal, wurde im Verwaltungsbezirk Menoufiya im Nil-Delta geboren und verfügt über einen Dokortitel in Mathematik. Er war bereits vor der Revolution von 1952 als Mitglied eines Komitees für Nationale Unabhängigkeit politisch aktiv. Ghazal fordert in seinem Wahlprogramm ganz allgemein ein Mehr an Demokratie in

Ägypten und plädiert vor allem dafür alle Führungspositionen – sei es in Lokalverwaltungen, Universitäten oder in allen öffentlichen Einrichtungen – durch direkte Wahlen zu besetzen. Ghazal plädiert für die Durchsetzung der unbeschränkten Meinungsfreiheit und fordert eine Rückbesinnung der ägyptischen Außenpolitik auf die Ziele der arabischen Einheit. Schon aus diesem Grunde plädiert er auch für eine stärkere Rolle der Arabischen Liga. In ökonomischer Hinsicht könnte Ägypten seiner Meinung nach eines der wohlhabendsten Länder der Welt sein, wenn es nur gelänge, alle in Ägypten tatsächlich vorhandenen Ressourcen effizienter und mit Blick auf das Gemeinwohl hin zu nutzen. Die Verringerung der Arbeitslosigkeit, sowie eine Förderung einheimischer Industrien und Dienstleistungen, wie dem Fischfang, könnten zur Beschleunigung des Entwicklungsprozesses beitragen und müssten jetzt endlich in Angriff genommen werden. Er sieht zudem große Chancen in der Bewässerung der ägyptischen Wüstengebiete und der Anpflanzung von entsprechenden Agrarprodukten, wie etwa Oliven und Feigen.

6. Entstehung und Entwicklung

Die Partei wurde am 07. April 2001 gegründet.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Parteivorsitzender:

Dr. Fawzi Ghazal



9. Mitgliederzahl

165 Mitglieder

10. Parteinaher Veröffentlichungen

Umma Partei (Hisb Al-Umma)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hisb Al-Umma

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Umma, Buch

4. Name der Partei auf Deutsch

Partei der Nation

5. Politische Aussage und Programmatik

Die Partei fordert ein stärkeres Identitätsgefühl der Ägypter und ist generell sehr traditionell- islamisch geprägt. Die Partei der Nationen sieht grundsätzlich den Islam als Grundlage aller staatlichen Ordnung.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Aufhebung des Notstandsgesetzes
- Einführung islamischer Medien
- Reduzierung der Preise
- Unterstützung der islamischen Menschen auf ihrem Weg in die Demokratie und Unabhängigkeit
- Sicherstellung der Partizipation von Frauen in der Politik

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Einen eher ungewöhnlichen Wahlkampfauftakt mutete der schon 90-jährige Ahmed El-Sabahi seinen Anhängern zu, als der als Geschichtenerzähler bekannte Kandidat betonte, er werde für das Präsidentenamt kandidieren um Mubaraks Popularität zu steigern. „Mubarak ist der hauptsächliche Präsidentschaftskandidat“, äußerte El-Sabahi gegenüber Al-Ahram Weekly, „wir sind lediglich untergeordnete Kandidaten. Er ist daher derjenige, der gewinnen soll, weil Mubaraks enorme Errungenschaften ihn zum bei weitem besten Kandidaten machten...“. Für den Fall, dass sich die Wähler trotz alledem für ihn entscheiden sollten will Sabahi überall den Prinzipien der Sharia zum Durchbruch verhelfen. Auch die Wirtschaft solle sich islamischen Regeln unterordnen, wobei ihm ein besonderer islamischer Entwicklungsfonds vorschwebt, der zur Finanzierung der Armen und Kranken sowie der Bildung verwendet werden solle. Zudem forderte er dazu auf, die Parlamentssitze unter den verschiedenen Parteien der Nation proportional aufzuteilen.

sitze unter den verschiedenen Parteien der Nation proportional aufzuteilen. Schon vor einigen Jahren sorgte Sabahi für Schlagzeilen als er in seiner Partei einen Workshop ausrichtete, um junge Ägypter zu Friseuren auszubilden. Schon damals bezeichnete er einen solchen Kurs als einen entscheidenden Schritt, Armut zu beseitigen und dem Problem der Arbeitslosigkeit zu begegnen.

6. Entstehung und Entwicklung

Die Al-Umma Partei wurde im Juni 1983 von *Ahmed Al-Sabahi* gegründet.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Parteivorsitzender:

Ahmed Al-Sabahi (Erfinder des „Rocketballs“ und Autor zahlreicher Bücher zur Trauminterpretation)



9. Mitgliederzahl

185 Mitglieder

10. Parteinaher Veröffentlichungen

„Al-Ummah“ (Wochenzeitung)

Partei der nationalen Eintracht (Hisb al-Wifaq al-Watani)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hisb Al-Wifaq

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens

Wifaq, Lampe

4. Name der Partei auf Deutsch

Partei der nationalen Eintracht

5. Politische Aussage und Programmatik

Das Hauptziel der Partei der nationalen Eintracht ist es gegen den Imperialismus anzukämpfen. In diesem Sinne unterstützt die Partei sämtliche Vorgehen, um eine Lösung für das Palästina-Problem zu finden. Sie ruft außerdem zu einer arabischen Wirtschaftsintegration auf, um einen gemeinsamen arabischen Markt aufzubauen und so die nationale arabische Sicherheit zu stärken.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Eindämmung der Privatisierung des öffentlichen Sektors
- Förderung eines starken staatlichen Wirtschaftssektors
- Verbilligung der Produktionskosten durch staatliche Energiesubventionen für Staatsbetriebe
- Stärkung einer arabischen Einheit
- Unterstützung des Widerstands gegen die israelische und US-amerikanische Besatzung von palästinensischem und irakischem Territorium
- Intensivierung der Strafen gegen Terrorismus
- Ernennung des Präsidenten durch die Parlamentsmehrheit
- Stärkung der nationalen Einheit

Kandidat und programmatische Aussagen zur Präsidentschaftswahl 2005:

Refaat Agroudi, der 63-jährige Vorsitzender der neuen Partei der nationalen Eintracht zeigt sich in seinen Wahlaussagen davon überzeugt, dass er im Falle, dass die bevorstehenden Wahlen gerecht und freizügig verlaufen und seine Ideen in ausreichendem Maße der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden, mit hundertprozentiger Sicherheit die Wahl gewinnen würde. Zu seinen herausragenden Ideen gehört vor allem die geplante Errich-

tung einer wahren, parlamentarischen Republik, in der alle Artikel aus der Verfassung gestrichen werden sollen, die gegen die Sharia bzw. das islamische Gesetz verstoßen. Korruption und Vorteilsnahme sollen ebenso ein Ende finden, wie Gesetze in Zukunft strikter ausgelegt bzw. angewandt werden sollen. Seit Mubaraks Regierungspartei an die Macht gekommen sei, so Agroudi, versagen die jeweiligen Regierungen bei der Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, Korruption und Inflation.

6. Entstehung und Entwicklung

Die Partei wurde im April 2000 gegründet.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Parteivorsitzender:

Refaat Agroudi



9. Mitgliederzahl

Etwa 185 Mitglieder

10. Parteinaher Veröffentlichungen

Wasat Partei (Hizb Al-Wasat)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hizb al-Wasat al-gadid

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Wasat

4. Name der Partei auf Deutsch

Partei der neuen Mitte

5. Politische Aussage und Programmatik

Die Parteiprogrammatik basiert auf den allgemeinen liberalen Grundprinzipien eines modernen Staates.

Auszüge aus dem Parteiprogramm:

- Gewaltenteilung; freie, allgemeine und faire Wahlen; Begrenzung der Amtszeit von Regierungsposten
- Glaubensfreiheit, Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit
- Gleichheit der Geschlechter
- Abgrenzung vom islamistischen Rechtsverständnis (Scharia als eine Gesetzesquelle/moderne Um- und Neuinterpretationen werden mit eingeschlossen)
- Unantastbarkeit öffentlichen wie privaten Eigentums
- Freie Privatwirtschaft
- Schaffung gemeinsamer arabisch-islamischer Wirtschaftsinstitutionen
- Förderung kleiner und mittelständiger Unternehmen
- Implementierung eines arabischen Freihandelsabkommens
- Bildungsreformen
- Einsetzen für Soziale Gerechtigkeit
- Ablehnung der Einmischung externer Mächte im arabischen Raum (besonders Irak und Palästina)
- Ablehnung der Sichtweise des „Clash of Civilization“ statt dessen eine konstruktive Zusammenarbeit mit den westlichen Ländern

6. Entstehung und Entwicklung

Al-Wasat ist die moderate Abspaltung der islamistisch orientierten ägyptischen Muslimbrüder. Seit 1996 wird versucht einen offiziellen Parteistatus zu erlangen. Bisher ist dies zweimal gescheitert (1996 und 1998). Im Mai 2005 wurde erneut ein Antrag auf Parteizulassung gestellt, der bisher noch ergebnislos blieb. Zu den Gründungsmitgliedern gehören keineswegs nur modern denkende und gut ausgebildete ehemalige Muslimbrüder, sondern auch Christen. Einer der Wortführer und Vordenker der Wasat heißt Rafik Habib und ist Kopte. Das sich die politische Vereinigung zu den liberalen Grundprinzipien des modernen Rechtsstaats - zumindest theoretisch – bekennt, beweist auch die Anzahl christlicher sowie säkularer Unterstützer. Einer der bekanntesten ideologischen Wortführer und Mitglied des Gründungskomitees ist Abu al-Ula Mady. Der 1958 geborene Diplomingenieur begann seine politische Karriere als Studentenführer in den 1970ern. Mitglied der Muslimbrüder wurde er 1977. Sein politisches Interesse zeigt sich in der Kandidatur für die Parlamentswahlen 1995 und der Gründung des International Center for Studies im selben Jahr. Damit etablierte er einen konservativ eingestellten Think Tank im Zentrum von Kairo. Zunehmend kritisierte er die veralteten Strukturen der größten ägyptischen Oppositionsbewegung, die sich vor allem innerhalb der Führungsspitze offenbarten. 1996 kam es dann zum Bruch und Gründungsversuch der al-Wasat. Seither distanzieren sich beide Seiten mehr oder weniger voneinander. Mady sieht in den Muslimbrüdern eine islamische Vereinigung, während er al-Wasat als liberale politische Partei deutet.

7. Organisation und Struktur

Eigene Homepage: <http://www.alwasatparty.com> (Parteiprogramm auf englisch einsehbar)

8. Parteiführung

Wortführer und Gründungsmitglied:
Abu al-Ula Mady



9. Mitgliederzahl

keine Angaben

10. Parteinaher Veröffentlichungen

Karama Partei (Hizb al-Karama)

1. Land

Ägypten

2. Name der Partei in der Landessprache

Hizb al-Karama

3. Übliche Abkürzung des Parteinamens, Kennzeichen

Al-Karama

4. Name der Partei auf Deutsch

Partei der Würde

5. Politische Aussage und Programmatik

Als eine Splitterpartei der Nasseristischen Partei steht sie dem sozialistischem und panarabischem Gedankengut nahe.

6. Entstehung und Entwicklung

Im März 1997 spaltete sich die Karama-Partei von der sozialistisch-nasseristischen Partei ab. Die nasseristischen Wurzeln sind daher deutlich spürbar. Der Antrag auf Zulassung wurde gestellt, blieb bisher aber ohne Ergebnis.

7. Organisation und Struktur

8. Parteiführung

Repräsentant und Sprecher: Hamdin Sabahi

9. Mitgliederzahl

keine Angaben

10. Parteinaher Veröffentlichungen

Al-Karama (erscheint wöchentlich); Homepage www.elkarama.net (nur arabisch)



Politische Bewegungen in Ägypten

Ägyptische Muslimbruderschaft (Al-Ikhwan al-Muslimun)

1. Land

Ägypten

2. Name der Bewegung in der Landessprache

Al-Ikhwan al-Muslimun

3. Übliche Abkürzung

4. Name der Bewegung auf Deutsch

Muslimbrüder, Muslimbruderschaft

5. Politische Aussage

Das Motto der Muslimbruderschaft ist: *Gott ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Anführer. Der Koran ist unser Gesetz. Der Jihad ist unser Weg. Im Namen Gottes zu sterben, ist unsere größte Hoffnung.* Ursprünglich verfolgte die Muslimbruderschaft zunächst karitative Ziele, im Laufe der Jahre radikalisierte sich jedoch ihre Zielsetzung. Die Muslimbruderschaft strebt danach, einen auf islamischen Werten und Prinzipien basierenden Staat mit dem Koran als Verfassungsgrundlage zu errichten. Weitere Ziele sind:

- Einheit der arabischen (islamischen) Nationen
- Verbreitung islamistischer Werte
- Zurückdrängen der „kulturellen Verwestlichung“
- Unterstützung des palästinensischen Widerstandes
- Förderung des politischen Aktivismus
- Soziale Gerechtigkeit
- Faire Wahlen
- Aufhebung des Notstandsgesetzes
- Entlassung der politischen Gefangenen

Die Ziele der Bruderschaft richten sich nach der sunnitischen Lehre des Islams und lehnen alle mystischen Tendenzen (Sufismus) ab

6. Entstehung und Entwicklung

Ende der Vierzigerjahre veröffentlichte Sayed Qutb sein Buch „maalim el-tariq“, oder

„Wegzeichen“, das fortan zum „Wegweiser“ der islamischen Fundamentalisten wurde. Aufbauend auf die Ideologie von Qutb gründete Hassan El-Banna, ein Lehrer aus Ismailiya, 1928 die Muslimbrüder als karitative Vereinigung. In den 1930er Jahren wuchs die Zahl ihrer Anhänger rapide an und es bildeten sich Zweige in anderen arabischen Ländern. 1939 erlangte die Muslimbruderschaft offiziell den Status einer politischen Partei (hizb al-ihwan al-muslimun). Während des zweiten Weltkrieges gründeten sich bewaffnete Flügel zum Kampf gegen die britische Besatzungsmacht. Allein in Ägypten zählte die Bruderschaft Mitte der 1940er Jahre 500.000 Mitglieder. Unter Präsident Gamal Abd Al-Nasser wurde sie 1954 aufgrund zunehmender Radikalisierung offiziell verboten, zahlreiche Verhaftungen und Hinrichtungen folgten, woraufhin sie im Untergrund weiterwirkte. Unter Sadat wurde die Bruderschaft in den 1970er Jahren wieder geduldet, wenn auch nicht als Partei zugelassen. Letztendlich kostete diese Toleranz Sadats Leben. Bis heute bleibt sie offiziell verboten. Allerdings sind die Muslimbrüder unter Mubarak im Parlament als Einzelmitglieder und Kandidaten anderer Parteien zugelassen. Weiterhin unterwandern sie staatliche Gewerkschaften, universitäre Vereinigungen und Einrichtungen.

7. Organisation und Struktur

Die Bruderschaft hat nach eigenen Angaben Ableger in über 70 Ländern; zahlreiche Abspaltungen (*algerische Heilsfront FIS*, tunesische *Al-Nahda* Bewegung, ägyptische Bewegung *Al-Gama'a al-Islamiyya*, *Hamas* in Palästina, *Nationale Islamische Front NIF* im Sudan) gingen aus ihr hervor, die oftmals unter anderen Namen operieren. Ihr Status ist semi-offiziell: sie ist als Partei nicht zugelassen, wird aber geduldet.

Offizielle Internetseite: www.ikhwan.net

8. Führung

Die Muslimbruderschaft wird seit dem Tod von *Moustafa Mashour* 2003 von *Mohamed Mahdi Akef* geleitet. Er steht dem „Maktab al-ilchad“, der Zentrale der Muslimbruderschaft in Kairo vor. Sein Stellvertreter ist *Mohammed Habib*.

Führende Persönlichkeiten aus der Vergangenheit:

- *Hassan al-Banna*: Gründer der Bewegung, 1949 hingerichtet
- *Sayyid Qutb*: ab 1952 Vordenker der Bewegung, Hauptwerk: „Wegzeichen“, 1955 verhaftet, 1966 hingerichtet
- *Mustafa Schukri*: gründete in den 1960ern die radikale Gruppe „takfir w-al-hijra“
- *Zeinab al-Ghazali al-Gebali*: Gründerin der islamistischen Frauengruppe (1937 ins Leben gerufen)
- *Sheikh Youssef al Qaradawi*: prominenter spiritueller Führer
- *Mustafa Mashour*: ehemaliger Führer der Bewegung, 2003 gestorben

9. Mitgliederzahl

Nach dem Zweiten Weltkrieg: 500.000 Mitglieder

Mit einer Mitgliederzahl von etwa 100.000 zählt sie heute zu den bedeutendsten politischen und gesellschaftlichen Kräften Ägyptens. Etwa eine Million Ägypter sollen mit der Bruderschaft sympathisieren. Zugang zu großen Teilen der Bevölkerung erhält sie unter Mitwirkung in verschiedenen Einrichtungen, wie Schulen, Krankenhäusern, Kindergärten und Moscheen

10. Veröffentlichungen

Ad-Dawa (seit 1976)

Ash-Sha´ab (Veröffentlichung der Arbeitspartei)

Risalat ul-Ikhwân" (Rundschreiben der Bruderschaft)

Al-Islam mit "Al-Islam aktuell" (Der Islam)

Ar-Raid (Der Kundschafter)

11. Affilierte Einrichtungen

Sharia Society (Gamaeya Sharaeya)

Islamic Medical Society

Kefaya-Bewegung (Genug!)

1. Land

Ägypten

2. Name der Bewegung in der Landessprache

Kefaya

3. Übliche Abkürzung

4. Name der Bewegung auf Deutsch

„Genug!“

5. Politische Aussage

Kefaya ist ein Zusammenschluss von Aktivisten aus verschiedensten politischen Kreisen, Menschenrechtsorganisationen und Nichtregierungsorganisationen. Sie ist nicht mitgliederschäftlich organisiert, sondern kann am ehesten als loses Netzwerk beschrieben werden. Die erst vor wenigen Monaten gegründete Kefaya-Gruppe, kooperiert mit der Moslembroderschaft in gemeinsamen Protestaktionen. Weitere Ziele sind:

- Taten statt Worte
- Streben nach allgemeinen politischen Reformen
- Forderung nach dem Ende der Amtszeit Mubaraks und der umgehenden Aufhebung des Notverordnungsgesetzes.
- Ende des autoritären, korrupten Regimes in Ägypten, das die Bürger unmündig in festgefahrenen Schienen hält
- Heftige Kritik an der Bush-Regierung

6. Entstehung und Entwicklung

Die Kefaya entstand erst zum Jahreswechsel 2004/2005

7. Organisation und Struktur

Als erste Aktivistenvereinigung in Ägypten, nutzt Kefaya das Internet als Informationsmedium, um kurzfristig Zusammenkünfte und Proteste zu organisieren.

Offizielle Internetseite: www.harakamasria.net (auf Arabisch)

8. Führung

Eine klar identifizierbare Führung existiert nicht. Wie für zivilgesellschaftliche Organisationen charakteristisch, setzt sich die Kefaya-Bewegung aus einem Netzwerk von autonom handelnden Zellen und Untergruppen zusammen, die nicht einer einheitlichen Führung unterstehen.

9. Mitgliederzahl

Als loses Netzwerk von sozialen Bewegungen ist die Kefaya nicht mitgliedschaftlich organisiert. Es besteht allerdings die Möglichkeit, sich im Internet in eine Unterstützerliste einzutragen, um so regelmäßig über geplante Aktionen und Veranstaltungen informiert zu werden.

10. Veröffentlichungen

11. Affilierte Einrichtungen

Nationale Koalition für demokratischen Wandel

1. Land

Ägypten

2. Name der Bewegung in der Landessprache

Al Tagammu Al Watani lil Tahawwul Al Dimokrati

3. Übliche Abkürzung

4. Name der Bewegung auf Deutsch

Nationale Koalition für demokratischen Wandel

5. Politische Aussage

Die Nationale Koalition für demokratischen Wandel ist ein Zusammenschluss von Politikern sowie Intellektuellen aus allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens. Als politische Bewegung ist die Koalition nicht mitgliederschaftlich organisiert, sondern kann am ehesten als loses Netzwerk beschrieben werden. Die Gruppe formierte sich mit dem Ziel, eine Strategie für demokratischen Wandel zu entwerfen und anzubieten.

Auf der Gründungskonferenz wurden folgende Ziele verabschiedet:

- Bekämpfung der Korruption
- Mehr Transparenz im politischen Prozess
- Aufhebung des Notstandsgesetzes
- Richterliche Überwachung der Wahlen
- Aufhebung des Artikels 76
- Boykott der Präsidentschaftswahlen 2005
- Zusammenarbeit aller Organisationen, die für demokratischen Wandel eintreten
- Einführung einer neuen Verfassung
- Abschaffung von Gesetzen zur Bevorzugung Vermögender

6. Entstehung und Entwicklung

Die Entstehung der nationalen Koalition für demokratischen Wandel wurde am 04.06.2005 bekannt gegeben. Als Gründungskonferenz gilt eine Sitzung im Gebäude des Berufsverbandes der Juristen am 13.07.2005. Diese Veranstaltung wurde von mehr als 500 Besuchern begleitet. Darunter befanden sich auch die führenden Köpfe der verbotenen Muslimbrüder Mohamed Mahdy Akef sowie der politischen Bewegung Kefaya Georg Ishak. Beide gehören nicht der neu entstandenen Koalition an, wollten aber ihr Solidarität mit dieser oppositionellen Gruppierung zeigen. Anders als Kefaya, die sich hauptsächlich

gegen eine Wiederwahl Mubaraks eingesetzt haben, ist das erklärte Ziel eine demokratische Transformation mit oder ohne den gegenwärtigen Präsidenten. Einer der Gründungsmitglieder, Aziz Sedqi, ist gegenwärtig auch der Repräsentant der United National Front for Change (UNFC) – einer im Oktober 2005 gegründeten überparteilichen Allianz vieler oppositioneller Bewegungen und Parteien.

7. Organisation und Struktur

Als loses Netzwerk von sozialen und politischen Bewegungen ist die Nationale Allianz für Reform und Änderung nicht mitgliederschaftlich organisiert. Zu ihren Mitgliedern gehören aber einige wichtige Persönlichkeiten des gesellschaftlichen Lebens wie der ehemalige Außenminister Dr. Murad Ghaleb, der Professor für Verfassungsrecht Dr. Yahia Gamal, der Professor für Politikwissenschaft und bekannte Kolumnist Dr. Hassan Nafaa, der Herausgeber der Wochenzeitung Al-Usbua Mustafa Bakri sowie der ehemalige Minister für Wohnungsangelegenheiten Hasaballah El-Kafrawy.

8. Führung

Gründer: Aziz Sedqi (ehemaliger Premierminister unter Sadat von 1972-1973)

Parteisprecher: Mustafa Bakri (Journalist)



9. Mitgliederzahl

10. Veröffentlichungen

11. Affilierte Einrichtungen